Beschluss des Landrats vom 01.12.2022

Nr. 1871

24. Politische Neutralität an Baselbieter Schulen: Repräsentative Umfrage durchführen
2022/71; Protokoll: pw, gs

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Christine Frey (FDP) fragt, wer möchte, dass sein Kind in der Schule schlecht behandelt werde, weil es nicht die politische Meinung der Lehrperson teile. Wer möchte, dass Lehrpersonen im Schulunterricht Abstimmungsparolen empfehlen? Wer möchte, dass die Geschichte einseitig und beschönigend dargestellt wird? Die Rednerin glaubt, dass dies niemand der Anwesenden möchte. Aber alle genannten Vorkommnisse wurden ihr seitens Familien- und Freundeskreis, von Jugendlichen und sogar auch von Lehrpersonen berichtet. Dies hat sie hellhörig gemacht, weshalb sie sich mit dem Thema befasst hat. Der Unterrichtsstoff in den Fächern Geschichte, Staatskunde oder Wirtschaft ist ideologieanfällig. Die Auswahl der Themen, die verwendeten Materialen, aber auch der Tonfall, die Gestik und die Mimik der Lehrpersonen machen es praktisch unmöglich, dass die jeweilige Position der Lehrpersonen nicht zu erkennen ist. Ziel des Unterrichts muss doch sein, eine Urteilsfähigkeit, also eine eigene fundierte Meinung zu entwickeln. Das heisst, zu erlernen, Positionen einzuordnen, zu bewerten und den eigenen Standpunkt zu finden. Auf diese Weise erworbenes Wissen ist nachhaltig. Entscheidend ist auch die Anregung zum selbstständigen Denken. Die Rednerin hat basierend auf diesen Überlegungen zwei Vorstösse eingereicht. Der eine Vorstoss ist das vorliegende Postulat, mit dem der Regierungsrat beauftragt werden soll, eine Umfrage analog zu jener im Kanton Aargau durchzuführen. Die Umfrage soll eruieren, ob die genannten Beobachtungen wirklich vorkommen. Beim zweiten Vorstoss – das nächste Traktandum dieser Sitzung – handelt es sich um eine Motion, mit der im Bildungsgesetz die politische Neutralität der Schulen verankert werden soll. Jetzt geht es um das Postulat, das seitens Regierungsrat abgelehnt wird. Das Postulat verlangt die Durchführung einer repräsentativen Umfrage, mit der insbesondere herausgefunden werden soll, ob der Eindruck besteht, dass Lehrpersonen im Rahmen des Unterrichts einseitig bzw. gemäss einer politischen Meinung unterrichten. Besonders interessiert auch, ob die Schülerinnen und Schüler in irgendeiner Form Druck verspüren, keine andere politische Meinung äussern zu können, oder deswegen sogar schlechtere Noten erhalten. Trotz dem Vertrauen des Regierungsrats in die Lehrpersonen möchte Christine Frey an der Umfrage festhalten, weil alleine mit der Umfrage vermutlich schon eine Wirkung erzielt werden würde – unabhängig des Ergebnisses.

Roman Brunner (SP) fragt, wer nicht möchte, dass sich die Kinder und Jugendlichen kritisch mit der Geschichte auseinandersetzten. Wer möchte nicht, dass sie sich über Abstimmungsvorlagen informieren und eine Argumentation für oder gegen die Vorlagen entwickeln? Wer möchte nicht, dass die Jugendlichen kritisch denken? Selbstverständlich ist auch die SP-Fraktion für politische Neutralität im Unterricht an den Baselbieter Schulen – dies unabhängig davon, ob die Neutralität im Gesetz oder der Verfassung verankert ist. Christine Frey suggeriert mit ihren beiden Vorstössen jedoch, dass die Lehrpersonen konsequent unausgewogenen Unterricht machen würden und zwar politisch links ausgerichtet. Das ist natürlich völliger Quatsch. Sich dabei auf eine Maturarbeit aus dem Kanton Aargau zu berufen, ist weder seriös noch repräsentativ. Der Regierungsrat möchte deshalb zuerst die Ergebnisse der Sotomo-Befragung des Nachbarkantons abwarten, bevor er überhaupt im Rahmen der Motion – das nächste Traktandum – über entsprechende Schritte im Kanton Basel-Landschaft nachdenken will. Ob diese Maturarbeit, die von drei Jungfreisinnigen

verfasst wurde, politisch neutral ist, sei dahingestellt. Die Maturarbeit hat aber eine politische Debatte ausgelöst. Genau das Gleiche möchte auch der Unterricht: nämlich zum kritischen Denken anregen. Die Lehrpersonen müssen dabei verschiedene politischen Positionen aufzeigen. Insbesondere im Staatskundeunterricht ist unabdingbar, dass die Auseinandersetzung mit den Positionen zustande kommt. Ob die Argumentation von einem linken, einem rechten, einem liberalen, einem konservativen, einem grünen, blauen, roten oder gelben Standpunkt ausgeht, ist dabei aber irrelevant. Ein Beispiel aus dem Wirtschaftsunterricht: Dort wurde – zumindest früher – darauf hingewiesen, dass ein Mindestlohn einen schädlichen Einfluss auf die Erwerbsquote hat. Dies ist – zumindest aus der Sicht des Redners – keine sonderlich linke Position. Aufgrund der Aussage kann aber eine Diskussion zustande kommen, mittels derer die Position entweder gefestigt oder widerlegt werden kann. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich mit Themen sowie den zugehörigen Argumenten auseinandersetzen und sich ihre eigene Meinung bilden können. Dass die Schule dabei auf gesellschaftsrelevante Themen wie Klimawandel, Energieversorgung, Sozialpolitik, wirtschaftliche Zusammenhänge oder Mobilität zielt, liegt in der Natur der Sache und ist sinnvoll. Dass die Geisteswissenschaften dafür eher in Frage kommen als die Mathematik, liegt auch auf der Hand.
Beide Vorstösse lesen sich als Misstrauensvotum gegenüber der Lehrerschaft: Diese sei nicht fähig, politisch neutralen Unterricht durchzuführen. Das konsequente Lehrpersonen-Bashing ist für die öffentliche Wahrnehmung ihres Berufsbilds nicht sehr förderlich. Gerade in Anbetracht des Lehrpersonenmangels ist es nicht unbedingt sinnvoll, wenn die Lehrpersonen in der Öffentlichkeit konsequent schlechtgeredet werden.
Das Postulat ist unnötig. Die SP-Fraktion folgt der Argumentation des Regierungsrats und lehnt die Überweisung ab. Einer gesetzlichen Verankerung, wie sie mit der nachfolgenden Motion gefordert wird, steht die SP-Fraktion neutral gegenüber. Dazu dann mehr unter dem nächsten Traktandum.

Julia Kirchmayr-Gosteli (Grüne) unterrichtet bekanntlich Mathematik und es kann auch in der Mathematik vorkommen, dass etwas als politisch gewertet wird. So hat es die Rednerin gewagt, in einer Statistikprüfung ein Klimadiagramm zu bringen, das interpretiert werden musste. Sie weiss nicht, ob sie dabei korrekt gehandelt hat.
Zum Postulat und zur Motion: Die beiden Vorstösse unterstellen den Lehrpersonen, tendenziös zu unterrichten. Die Lehrpersonen werden fachlich und pädagogisch ausgebildet und wissen sehr genau, dass sie einen offenen und neutralen Unterricht bieten müssen, indem sie verschiedenen Meinungen Platz geben. In den Vorstössen steht, es gebe immer wieder Anzeichen, dass Schulleitungsmitglieder und Lehrpersonen ein Problem mit politischer Neutralität hätten. Das ist eine reine Unterstellung. Julia Kirchmayr-Gosteli, die an der Wirtschaftsmittelschule unterrichtet, hat mit ihren Lernenden darüber gesprochen und nachgefragt, ob sie finden, dass ihre Lehrpersonen tendenziös seien. Die Antwort war, dass die Kultur an der Schule eine offene sei. Gäbe es Lehrpersonen an einer Schule, die politische Ideologien verbreiten würden, wäre es Aufgabe der Schulleitung, zu reagieren.
Die Motionärin stützt sich auf eine Maturarbeit, die zum Schluss kommt, dass die Inhalte zu rund 60 % eher links geprägt seien. Reicht aber eine Maturarbeit als Argument und als Beleg, um etwas in einem Gesetz zu verankern? Lehrpersonen sind der demokratischen Tradition verpflichtet. Sie sollen schliesslich mündige Schülerinnen und Schüler ins weitere Leben entsenden. Auf der Sekundarstufe II muss eine politische Auseinandersetzung zwingend stattfinden. Dass es dabei zu angeregten Diskussionen kommt, ist wünschenswert, denn genau so entsteht eine fundierte Auseinandersetzung mit der Materie.
Die Votantin ist sich des Weiteren nicht sicher, inwieweit sich die jungen Menschen heutzutage noch an ihren Lehrpersonen orientieren. Es gibt unzählige weitere Möglichkeiten, die den jungen Menschen viel näher stehen und sie entsprechend beeinflussen – Influencerinnen, TikTok, Insta-

gram etc.
Zur Motion: Die Rednerin ist erstaunt, dass der Regierungsrat den Vorstoss entgegennehmen möchte. Der Regierungsrat soll gemäss Motion nämlich auch mit Massnahmen und Instrumenten sicherstellen, dass die gesetzlichen Vorgaben auch umgesetzt werden. Das ist überhaupt nicht möglich und umsetzbar; oder zumindest nur, wenn die Verwaltung um einige Stellen aufgestockt würde.
In jedem Beruf gibt es schwarze Schafe. Alle sind in die Schule gegangen und haben ihre eigenen Erfahrungen mit den Lehrpersonen gemacht. Um etwas gegen die schwarzen Schafe zu unternehmen, gibt es bereits heute Möglichkeiten, nämlich über die Schulleitung, welche die Verantwortung trägt.
Die Grüne/EVP-Fraktion lehnt die beiden Vorstösse grossmehrheitlich ab.

Anita Biedert (SVP) sagt, die SVP-Fraktion unterstütze beide Vorstösse von Christine Frey. Es wurde mehrmals gesagt, den Lehrpersonen würde unterstellt, dass sie tendenziös unterrichten würden. Das ist nicht der Fall. Es wird nicht unterstellt, sondern festgestellt. Ziel ist, die Schülerinnen und Schüler zu schützen. Der Rednerin wurden persönlich viele Situationen zugetragen, in denen sich Schülerinnen und Schüler – speziell Gymnasiasten – diskriminiert fühlen und sich nicht getrauen, sich zu äussern, weil sie politisch keine linke Haltung haben. An den Mittelschulen gibt es zwar Anlaufstellen, wo die Jugendlichen hingehen können, wenn sie sich im schulischen Umfeld nicht wohl fühlen. Aber selbst dort getrauen sie sich nicht hin, weil sie auch dort einen gewissen Druck fühlen. Anita Biedert denkt, dass die Situation im Kanton Basel-Landschaft wahrscheinlich nicht viel anders ist als im Kanton Aargau. Gymnasiasten haben das ihr gegenüber bestätigt und gesagt, dass selbst bei Lehrpersonen, die sich um einen neutralen Unterricht bemühen, die politische Haltung anhand der Kleber auf dem Laptop deutlich wird. Die Vorstösse sind unterstützenswert, denn es sollte ein objektiver, neutral geführter, nicht tendenziöser Unterricht gewährleistet sein. Viele Lehrpersonen machen das zwar gut, aber eben nicht alle. Zuerst soll die Umfrage durchgeführt und anschliessend sollen klare Regelungen aufgestellt werden.

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) hält fest, es sei keine verbundene Beratung des Postulats und der Motion – der Traktanden 24 und 25 – beschlossen worden. Entsprechend geht es jetzt nur um das Postulat.

Patricia Bräutigam (Die Mitte) sagt, die Mitte/glp-Fraktion lehne das Postulat ab. Wie die Postulantin selber schreibt, wird im Kanton Aargau eine Umfrage durchgeführt. Diese Ergebnisse reichen aus, weshalb im Baselbiet nicht noch eine eigene, notabene kostspielige Umfrage durchgeführt werden soll. Sollte das Thema überhaupt aufgenommen werden, dann mit einer sinnvollen Vorgehensweise. Dies wäre mit der nachfolgenden Motion möglich, die der Regierungsrat entgegennehmen möchte.

Marco Agostini (Grüne) lehnt den Vorstoss ab. Das Anliegen, dass der Unterricht neutral erfolge, sei zwar berechtigt. An den Schulen unterrichten jedoch Menschen und wo Menschen sind, dort menschelt es – das ist normal. Viele Lehrpersonen sind halt von Natur aus links. *[Heiterkeit]* Dafür, dass sich nur wenige Bürgerliche für den Lehrerberuf entscheiden und lieber in die Wirtschaft gehen, können die Linken nichts. Marco Agostini stört sich etwas daran, dass hier wieder einmal eine Inszenierung erfolge, indem gesagt wird, die Lehrerschaft sei links und verbiete den Jugendlichen, anders zu denken. Dies mag höchstens in einzelnen Fällen der Realität entsprechen.
Als vor einiger Zeit über die Mitarbeitendengespräche an den Schulen beraten wurde, wurde gesagt, die Schulleitungen müssten für ihre Beurteilung eigentlich regelmässig den Unterricht besuchen. Auch hier stellt sich wieder die Frage, wie die Schulleitungen überprüfen sollen, was die Lehrerinnen und Lehrer im Unterricht sagen oder nicht sagen. Es müssten wahrscheinlich Perso-

nen angestellt werden, die jeder Unterrichtsstunde beiwohnen, oder der Unterricht müsste aufgenommen werden. Es bringt nicht viel, etwas in ein Gesetz zu schreiben, das nicht überprüft werden kann. Dabei handelt es sich durchaus um ein Argument, dass die FDP bei anderen Themen auch schon eingebracht hat. Als Beispiel kann der Abstand von 1,5 m zwischen den Velos und den Autos sowie den Lastwagen genannt werden. Dort sagt die FDP nämlich, dies solle gesetzlich nicht verankert werden, weil es eben nicht überprüft werden kann. Wichtig ist, dass die Schulleitungen die Lehrpersonen regelmässig darauf hinweisen, dass der Unterricht neutral sein sollte.

Michael Bürgin (Grüne) hatte letzthin ein Gespräch mit dem Primarlehrer seiner Tochter. Dieser sagte zu ihm, wenn er verspreche, dass er nicht alles glaube, was die Tochter von der Schule erzähle, dann werde er auch nicht alles glauben, was die Tochter von zuhause erzähle. Der Redner hat selber extrem tolle Schülerinnen und Schüler. Aber in Anbetracht dessen, was diese teilweise erzählen, was sie scheinbar von anderen Lehrerinnen und Lehrern gehört oder in der letzten Stunde gelernt haben – weil sie einfach nicht richtig zugehört haben – muss etwas Obacht gegeben werden. Wenn der Unterschied zwischen Fest- und Unterstellen darin besteht, dass man etwas selber anschaut und selber sieht, dann kann der Redner feststellen, dass die Geschichts-, Deutsch- und Musiklehrer nie ihre Partei gegen aussen zeigen. Sie versuchen sehr offen zu sein. Dies ist Teil des Berufsethos. Hält sich eine Lehrperson nicht daran, dann ist es Aufgabe des Rektorats und nicht des Landrats, einzugreifen. Der Landrat kann das nicht regeln.

Christine Frey (FDP) unterstreicht, das Postulat und die Motion sollten auseinandergehalten werden. Sie versteht, dass die Votantinnen und Votanten, die grösstenteils selber Lehrpersonen sind, sich gegen den Vorwurf wehren, der aus der Luft gegriffen sei. Die Rednerin wurde konkret von mindestens zwei Gymnasiallehrern angegangen. Diese sagen, es sei ein Thema. Der eine hat ihr Folgendes geschrieben: *«Ich bin selber Gymnasiallehrperson und erachte die Frage als sehr interessant. Ich bin bislang davon ausgegangen, dass eine neutrale Haltung in Bezug auf politische Vorlagen selbstredend ist, musste aber in letzter Zeit feststellen, dass dies nicht mehr von allen Kolleginnen so wahrgenommen wird. Daher mein Interesse».* Er schreibt auch, dass vor allem junge Lehrpersonen eher entlang ihrer politischen Gesinnung unterrichten würden und obwohl er selber auch eher links zu verorten sei, beschäftige ihn diese Frage. Gleichzeitig habe er nicht wirklich etwas in der Hand, um die Frage zu thematisieren. Mit einer Verankerung im Bildungsgesetz wäre dies anders. Es handelt sich um keinen aus der Luft gegriffenen Vorwurf.

Marc Schinzel (FDP) hält es auch für wichtig, das Postulat und die Motion auseinanderzuhalten. Das Postulat verlangt eine Umfrage, was ein durchaus legitimes Anliegen ist. Der Regierungsrat hat seinerseits gesagt, er nehme das Thema auch ernst, er möchte aber zuerst die Sotomo-Umfrage abwarten, um eine bessere Basis zu haben. Es geht darum, eine gewisse Klarheit zu schaffen. Es ist im Interesse aller Lehrpersonen, dass diese Argumente beispielsweise auch entkräftet werden können. Bei der Motion geht es dann um eine Gesetzesänderung, zu der man durchaus unterschiedlicher Auffassung sein kann.

Adil Koller (SP) hatte eher Angst, sich in Chemie oder Physik zu äussern, aber dies hatte weniger mit Politik zu tun. Im Politik-, Deutsch- und Geschichtsunterricht ist es eigentlich sinnvoll, dass die Lehrerinnen und Lehrer eine politische Haltung vertreten. Es gibt linke und rechte Lehrerinnen und Lehrer und die Fähigkeit ist wichtig, auch die Gegenposition einnehmen zu können, um die Schülerinnen und Schüler zu motivieren, ihre eigene Meinung zu bilden und in der eigenen Meinung auch präziser zu werden. Adil Koller hatte zum Beispiel einen Deutschlehrer, der dreimal so links war wie er selber – das ist tatsächlich möglich. *[Heiterkeit]* Dieser Lehrer hat, ohne mit der Wimper zu zucken, unterschiedliche politische Positionen eingenommen und hat beispielsweise Christoph Blocher gespielt. Die Klasse musste sich dann überlegen, wie sie die vom Lehrer eingenommene

Position kontert. Deshalb bringt es nichts, die politische Position der Lehrpersonen zu erfassen. Was diese privat abstimmen, ist völlig irrelevant. Die Lehrpersonen müssen im Klassenzimmer flexibel sein, um mit den Schülerinnen und Schülern zu diskutieren und sie aus der Reserve zu locken. Der Redner hat sich persönlich nur einmal politisch beeinflusst gefühlt und zwar im Wirtschaftsunterricht von seinem GLP-Lehrer, als es um das Modell des Mindestlohns ging. Das Unterrichtete – dass der vollkommene Markt bei einem Mindestlohn immer zu einer Senkung der Erwerbstätigkeit führt – ist halt einfach nicht realitätsnah, auch wenn es der Klasse als absolute Wahrheit entgegengeschleudert wurde.
Die Umfrage bringt gar nichts, sondern verursacht nur Kosten. Ein Problem bestünde aus Sicht von Adil Koller nur dann, wenn die Lehrpersonen nicht genügend flexibel wären, um im Deutsch-, Geschichts- und Politikunterricht zu diskutieren. Dieses Problem müsste dann ganz grundsätzlich angeschaut werden. Aufgrund seiner Erfahrungen – als Nicht-Lehrer – glaubt er nicht, dass es dieses Problem gibt.

Anna-Tina Groelly (Grüne) ist sehr überrascht über diese Diskussion und darüber, dass scheinbar mehrere Lehrpersonen schreiben, dass einem zu Ohren gekommen sei, dass Schülerinnen und Schüler Angst hätten und unterdrückt würden und nun darauf gewartet werde, dass der Regierungsrat etwas unternehme. Liegt es sich nicht in der Verantwortung von allen, auf die Lehrpersonen oder die Schulleitungen zuzugehen, wenn man hört, dass Jugendliche unter etwas leiden – sei dies nun unter der politischen Ausrichtung oder etwas Anderem? Wenn es Jugendlichen schlecht geht, sollte nicht darauf gewartet werden, dass der Regierungsrat etwas macht, sondern das Problem sollte in den Schulen thematisiert und angegangen werden.

Lotti Stokar (Grüne) wollte eigentlich nichts dazu sagen, aber wenn es nun heisst, es würden sich nur Lehrpersonen zu Wort melden, dann möchte sie jetzt doch noch kurz ihre Meinung äussern. Viele Landratsmitglieder waren sicherlich selber schon zu Podien an Schulen eingeladen, z. B. an Gymnasien vor Abstimmungen. Lotti Stokar hat an diesen Podien, wo es immer Vertretungen aus den verschiedenen Parteien gibt, überhaupt nicht erlebt, dass die Schülerinnen und Schüler in irgendeiner Form beeinflusst sind und nur in eine Richtung argumentieren. Beim Gymnasium Oberwil hat sie auch nicht den Eindruck, dass es eine linke Mehrheit gibt. Die Rednerin glaubt auch, dass die Antworten der Schülerinnen sehr situationsabhängig sein werden – je nach Alter, ob gerade pubertär, ob im Elternhaus am Tisch politisiert wird, je nach Peergroup etc. Die Aussagekraft einer solchen Studie wäre entsprechend beschränkt. Lotti Stokar vertraut darauf, dass es in den Schulen eine gute Kultur der Meinungsäusserungsfreiheit gibt und sich die Kinder und Jugendlichen selber eine Meinung bilden können.

Reto Tschudin (SVP) dankt Adil Koller für den Erfahrungsbericht aus dem Gymnasium. Dieser hat ihn auch nicht gross überrascht, da er die Situation ein paar Jahre früher sehr ähnlich erlebt hat. Jene Aussage war entscheidend, dass sich Adil Koller nur einmal beeinflusst gefühlt hat und zwar von einer Lehrperson, die bürgerlicher gedacht hat. Es ist logisch, dass sich alle Schülerinnen und Schüler, die etwas bürgerlicher eingestellt sind als Adil Koller, in allen anderen Fällen in etwa ähnlich beeinflusst fühlen. Der Erlebnisbericht ist 1:1 aus der entgegengesetzten Optik anwendbar. Reto Tschudin unterstützt das Postulat.

Pascale Meschberger (SP) möchte den Blick etwas öffnen. Auf der Welt passiert gerade viel, schaut man beispielsweise nach China, Russland oder Amerika. Und nun gibt es hier Bestrebungen, Gesinnungstests durchzuführen? Die Diskussion mag zwar noch harmlos sein, aber es handelt sich um einen gefährlichen ersten Schritt. Pascale Meschberger kann das Postulat nicht unterstützen. *[zustimmendes Klopfen von der linken Ratsseite]*

Jacqueline Bader (FDP) glaubt, Pascale Meschberger habe es richtig gesagt. Es geht genau darum, dass gewisse Leute – hierzu gehören auch Lehrpersonen – einen grossen Einfluss haben, dies unabhängig der politischen Gesinnung. Schülerinnen und Schüler sind in einer Phase, in der sie sehr leicht beeinflussbar sind und es sind viele Ängste vorhanden. Man stelle sich mal vor, es wären alle Lehrpersonen AFD-Anhänger. Dann würde von der linken Seite gleich argumentiert, wie nun von den Bürgerlichen. Es geht nur darum, dass der Geschichtsunterricht neutral sein soll. Und an die Adresse von Adil Koller: Weshalb soll das Rollenspiel nur einseitig sein? Sowohl die Lehrpersonen als auch die Klasse sollen alle Positionen mal einnehmen. Jacqueline Bader gehört zu jener Generation, in der gewisse Lehrpersonen die DDR hochgehalten haben. Sie unterstützt die Umfrage und auch die nachfolgende Motion. Gerade in der Schweiz sollte die Neutralität eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Linard Candreia (SP) wollte eigentlich nichts sagen, aber jetzt muss er doch. Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft und auch nach den nächsten Wahlen wird es keine grossen Verschiebungen geben. Wenn alle Lehrpersonen links wären, dann hätten die Linken einen Wähleranteil von 60 oder 70 % oder mehr. Dem ist aber nicht so.
Es wird immer von einer Lehrkraft ausgegangen. In der schulischen Laufbahn eines Kindes gibt es aber ganz unterschiedliche Lehrpersonen und bereits auf der Primarstufe wird politisiert. Linard Candreia hatte am Bündner Lehrerseminar einen linken Lehrer, dem vorgeworfen wurde, er würde die Studenten beeinflussen. Von den damals 18 Schülern war der Redner aber der einzige, welcher der SP beigetreten ist. Ein anderer Lehrer an der Uni Fribourg war ein Mitte-Politiker – damals hiess die Partei noch CVP. *[Heiterkeit]* Deswegen ist Linard Candreia aber nicht zur Mitte gegangen.
Pascale Meschberger hat Recht, indem sie auf die Gefahr hinweist. Das Postulat und die Motion sollten zwar getrennt behandelt werden, aber etwas zusammennehmen muss man die beiden Vorstösse dennoch, weil ein dritter, gefährlicher Schritt folgen könnte. Nach der Umfrage und der Gesetzesänderung könnte nämlich als nächstes die Forderung auftauchen, die Lehrpläne zu überarbeiten. Damit hätte der Redner Mühe, denn das würde heissen, die Lehrpläne seien auch tendenziös. Dann würde eine Diskussion geführt, die in Europa schon in den 1930er-Jahren geführt wurde. Man lese dazu *Jugend ohne Gott* von Ödön von Horvath. Dort hat ein Lehrer Probleme bekommen, weil er den Imperialismus so erklärt hat, wie er ihn verstanden hat. Dann sind die Nationalen gekommen und haben gesagt, für diesen Lehrer gebe es keinen Platz mehr an der Schule. Linard Candreia lehnt sowohl das Postulat als auch die Motion ab; und einen allfälligen dritten Schritt erst recht.

Pascal Ryf (Die Mitte), Landratsvizepräsident, gibt bekannt, die Rednerliste fülle sich laufend. Aktuell sind noch sechs Rednerinnen und Redner auf der Liste.

Zu **Rahel Bänzigers** (Grüne) Schulzeit war die politische Einstellung der Lehrpersonen eigentlich ihr geringstes Problem. Sie kämpfte mit ganz anderen Dingen, wie beispielsweise, dass den Mädchen und jungen Frauen von den Lehrern und Dozenten nicht zugetraut wurde, naturwissenschaftliche und technische Themen zu verstehen. So hörte sie Dinge wie «die Mädchen schnallen es eh nicht» oder «die jungen Frauen sollten erst gar nicht zu den Prüfungen zugelassen werden». Rahel Bänziger kämpfte entsprechend eher mit sexistischen Macho-Lehrern und Professoren als mit irgendwelchen politischen Haltungen. Es stellt sich die Frage, was in einer solchen Umfrage alles abgefragt werden soll. Die politische Haltung, die sexistische Haltung, die sexuelle Orientierung? Man kann dies wirklich ins Extreme und ins Lächerliche ziehen.
Die Rednerin wird den Vorstoss ablehnen. Es gibt andere Wege, wie man zu seinem Recht kommen kann. Sie war selber eine Vorkämpferin und musste einige Mauern einrennen und auch den Kopf anschlagen. Wie Pascale Meschberger vorhin gesagt hat: Es ist ein Luxusproblem.

Marc Schinzel (FDP) wendet sich an Rahel Bänziger und nimmt deren Aussage auf, wonach sie froh gewesen wäre, wenn es in Appenzell genau eine solche Umfrage gegeben hätte – weil man dann gehört hätte, was dort noch gesagt wurde in Sachen Sexismus etc. Dann wäre dies endlich ans Tageslicht gekommen. Das ist genau der Sinn der Umfrage. Klar, Christine Frey hatte einige linke Fälle. Die Leute kommen zu ihr, wenn es um diese Thematik geht. Zu Rahel Bänziger kämen wohl die Leute, wenn es beispielsweise um Rechtsextreme geht. Das ist ja genau der Sinn: Man kann die Umfrage machen; sie sollte ja neutral sein. Das von Adil Koller genannte Beispiel ist das Paradebeispiel, das die Bestätigung geliefert hat. Eigentlich hätte die marxistische Person die Rolle von Tamara Funiciello oder von Fabian Molina einnehmen sollen – dann hätten die Schüler ihn widerlegen müssen. Wenn Schüler dies nicht geschafft hätten, hätte der Redner dies übernommen – dann hätte es keine Mittagspause mehr gegeben. Dann wären die Argumente nur so gesprudelt. Das ist ja der Punkt: Er hat genau die Rolle eingenommen, von der er gesagt hat, dass es genau so nicht gemacht werden sollte. Das war natürlich wieder Christoph Blocher. Die Umfrage soll aber genau dies an den Tag bringen – es kann ja auch ganz andere Kreise betreffen; es geht ja letztlich um die politische Beeinflussung. Es wäre interessant, eine solche Erhebung zu machen. Der Regierungsrat sieht dies ja gleich. Er verweist auf die Aargauer Umfrage. Er lehnt den Antrag bloss ab, weil er argumentiert, dass der Aufwand bereits andernorts betrieben wird, sodass man dies selber nicht auch noch machen muss. Das ist doch interessant: Es betrifft ja nicht bloss eine Seite – wie Rahel Bänziger aufgezeigt hat: Dort tickten damals andere Themen. Hoffentlich ist das Appenzell heute etwas weiter. Mit einer Umfrage würde man die Verhältnisse sehen können. Es geht ja um eine politisch neutrale Umfrage.

Adil Koller (SP) zeigt sich froh, dass er Marc Schinzel erst im Landrat und nicht schon in der Schule kennengelernt hat. Sonst wäre er ein strammer Freisinniger geworden. Weil der Vorredner in die Schule gekommen wäre und erklärt hätte, wie es läuft. Das Problem ist: Es handelt es sich um ein Missverständnis (bereits Reto Tschudi ist ihm erlegen). Vielleicht hat sich der Redner zuvor nicht klar genug ausgedrückt. Der erwähnte Lehrer hat immer die Gegenposition der Klasse eingenommen – was nicht heisst, dass die Klasse immer stramm auf sozialdemokratischer Parteilinie war (auch wenn dies dem Redner nun zum dritten Mal von den *lustigen Vögeln* unterstellt wird). Es war eine Wirtschaftsklasse, die gelegentlich sehr bürgerliche Positionen hatte. Dann hat der Lehrer die linke Position eingenommen. Und umgekehrt. So wurden Diskussionen provoziert. Das war die Idee. So sollten die Lehrerinnen und Lehrer sich im Politikunterricht auch verhalten. Da dürfte man sich einig sein. Was aber in dieser Diskussion hier nicht hilft, sind irgendwelche Gesinnungsprüfungen und -umfragen. Weil man dann in eine komische Richtung gerät. Denn man müsste eigentlich die Qualität des Unterrichts evaluieren. Sie korreliert nicht mit der Parteifarbe. Der Redner hatte gute und schlechte linke Lehrer – und gute und schlechte bürgerliche Lehrer, auch wenn der Redner deren Haltung als falsch erachtet hat. Es gab im Übrigen auch bürgerliche Lehrpersonen, welche guten, neutralen und ausgewogenen Unterricht gemacht haben – und der Redner sich in keiner Weise in seiner politischen Meinungsbildung eingeschränkt fühlte. Bei *einem* Lehrer – dem Wirtschaftslehrer – wurde die wissenschaftlich stark diskutierte und umstrittene Frage, zu welchem Beschäftigungseffekt Mindestlöhne führen, als quasi gottgegebenen naturwissenschaftlichen Fakt hingestellt. Das war schlicht nicht richtig. Das muss man diskutieren können. Abgesehen davon: Es wäre interessant, von der Bildungsdirektorin zu erfahren, ob es nicht bereits im Lehrplan steht, dass der Unterricht neutral sein muss.

Für **Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte) ist die Zeit gekommen, um abzustimmen. Davor soll aber Folgendes gesagt werden: Soll es wegen einigen wenigen Lehrpersonen eine Umfrage und ein Gesetz geben – oder handelt es sich um viele Leute? Man hat vorher von der Wertschätzung gegenüber den Lehrpersonen gesprochen – jetzt plötzlich zeigt sich ein Gesinnungsmisstrauen. Das gefällt der Rednerin gar nicht. Ihre Kinder fanden die Diskussionen in der Sek und im

Gymnasium sehr spannend – sie wurden zu Hause weitergesponnen. Es gab nie das Gefühl einer Benachteiligung. Die Rednerin lehnt beide Vorstösse ab. Man sollte das Geld und den Aufwand besser für andere Dinge verwenden.

Für **Markus Dudler** (Die Mitte) ist es grundsätzlich wichtig, dass die Lehrer authentisch sind. Sie sollen den Jungen vorleben, dass man zu einer Meinung stehen muss. Das ist sehr wichtig in einer Demokratie. Wichtiger als die politische Einstellung ist, dass die Lehrer sich verpflichtet fühlen, aufgeklärt und wissenschaftsbasiert zu unterrichten. Wichtig und selbstverständlich ist auch, dass die Jungen nicht nach ihren politischen Einstellungen beurteilt werden dürfen. Da nützen die Vorstösse aber nichts. Sie gehen in eine andere Richtung. Sie unterschätzen auch die Fähigkeit der Jugendlichen, die Aussagen der Lehrer einordnen zu können. In den Sozialen Medien müssen sie dies aber täglich und stündlich machen. Dort ist das Problem viel grösser als im Unterricht.

Laura Grazioli (Grüne) spricht von einer spannenden Diskussion. Die Meinungen dürften aber gemacht sein. Darum beantragt sie, dass die Rednerliste geschlossen wird – und man zum nächsten Antrag übergeht, der das gleiche Thema hat.

://: Dem Ordnungsantrag auf Schliessung der Rednerliste wird mit 60:17 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Es können also noch jene Ratsmitglieder sprechen, die schon auf der Liste seien, sagt Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP).

Bereits vor der Frage von Adil Koller zum Thema Neutralität und Lehrplan hat **Urs Kaufmann** (SP) dies gegoogelt. Im Lehrplan steht bezüglich Orientierung der Volksschule: «*Ausgehend von den Grundrechten, wie sie in der Bundesverfassung und den kantonalen Volksschulgesetzen formuliert sind, orientiert sich die Schule an folgenden Werten: Sie geht von christlichen, humanistischen und demokratischen Wertvorstellungen aus; sie ist in Bezug auf Politik, Religionen und Konfessionen neutral; sie fördert die Chancengleichheit*» etc. Insofern ist klar, dass es weder neue Gesetze noch eine Gesinnungsstatistik braucht. Im Lehrplan ist der Auftrag klar vorgebeben. Darum muss man hier nichts unternehmen. Wenn es Einzelfälle gibt, in denen eine Lehrperson über die Stränge schlägt und ein Kind sich in der Meinungsfreiheit angegriffen fühlt, kann man dies auf eine andere Art lösen. Ein neues Gesetz bringt hier sicher nichts – ebenso wenig wie eine neue Statistik oder Erhebung. Das führt – wie es bereits gesagt wurde – in eine ganz falsche und gefährliche Richtung.

Simone Abt (SP) wird ihr Votum stark kürzen. Nein, ein Luxusproblem ist diese Frage nicht. Es geht wirklich in eine sehr unglückliche Richtung, wenn man anfängt, Gesinnung, Glaube und Gewissen der Lehrpersonen zu hinterfragen. Damit läuft man in ein Problem. Zudem sei die Frage in den Raum gestellt: Wenn man eine solche Erhebung durchführt – was macht man mit den Ergebnissen? Quoten einführen? Das wäre sehr erstaunlich – das passt ja nicht zu den Bürgerlichen. Es sei darum gebeten, von diesem unseligen Vorstoss abzusehen. Das kommt nicht gut. Man soll die Gewissen der Lehrpersonen nicht prüfen. An den Gymnasien mögen vielleicht tendenziell linke Lehrpersonen wirken, geht man aber an die Handelsschule/KV und ist etwas linksorientiert (und kommt man vielleicht aus einem Elternhaus, das etwas links ist), kann es sein, dass man alleine dasteht – weil alle Klassenkolleginnen und -kollegen bürgerliche Positionen einnehmen. So what? Das tut gut. Man merkt: Aha – man kann anderer Meinung sein. We agree to disagree.

Peter Riebli (SVP) dankt für die stündige Diskussion. Es gab humoristische Beiträge, teils grenzten sie an Realsatire. Es soll gar nicht auf das Thema eingegangen werden. Man konnte hören,

dass es willensstarke Schüler gibt, denen es egal ist, ob die Lehrer links oder rechts sind. Man könnte hören, dass man ein sehr ausgewogenes Lehrpersonal hat, das über den eigenen Schatten springen kann. Darum geht es aber nicht. Es soll eine neutrale und ergebnisoffene Umfrage gemacht werden. Davor kann man keine Angst haben – da kann die Gegenseite ja nur bestätigt werden, dass die Lehrer ausgewogen sind. Wieso gibt es also diesen Widerstand? Man kann sich nur gegen die Umfrage wehren, wenn man Angst vor dem Resultat hat.

://: Mit 47:36 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.